

Auch FDP nimmt Kurs auf Ampelkoalition

Die Liberalen stimmen als letzte der drei Ampelparteien Koalitionsverhandlungen zu.

BERLIN. Rund drei Wochen nach der Bundestagswahl können die Koalitionsverhandlungen zur Bildung der ersten Ampelregierung auf Bundesebene beginnen. Nach SPD und Grünen stimmte am Montag auch die FDP für die Aufnahme intensiver Gespräche.

„Wir begeben uns nun auf den Weg, Verantwortung für Deutschland mit zu übernehmen“, sagte Parteichef Christian Lindner in Berlin. „Deutschland braucht eine stabile Regierung, Deutschland darf nicht führungslos sein, Deutschland benötigt eine umfassende Modernisierung von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat.“ Zugleich begannen vor allem zwischen Grünen und FDP bereits unerschwellige Debatten über die Besetzung wichtiger Ministerien. *dpa*
Seite 4

Dieselpreise auf Rekordhoch

Für Dieselfahrer ist der Besuch an der Tankstelle derzeit so teuer wie noch nie. Der Preis für ein Liter des Kraftstoffs lag am Wochenende im Schnitt bei 1,555 Euro pro Liter. Der zuletzt gestiegene Ölpreis ist verantwortlich für den hohen Dieselpreis.

Wirtschaft Seite 9



Kommentar

Die Politik muss abwägen

Die EU sollte sich hüten, den neuen WHO-Richtwert für Luftschadstoffe eins zu eins zu übernehmen.

VON MARKUS GRABITZ

Dicke Luft in den Ballungszentren ist eine ernst zu nehmende Bedrohung für die Gesundheit. Und es ist richtig, wenn die EU demnächst die Grenzwerte verschärft. Sie sollte sich aber hüten, die WHO-Richtlinien eins zu eins in EU-Recht zu übernehmen, wie dies das Europaparlament will.

Die Analyse der Daten zur Luftqualität in den ersten neun Monaten des Jahres zeigt: Obwohl die Luftqualität seit Jahren besser wird, drohen flächendeckende Fahrverbote, wenn die Vorgaben der WHO unmittelbar EU-Gesetz würden. Zum Wesenskern der Politik gehört abzuwägen. Bevor erneut eine Richtlinie womöglich die Mobilität von vielen Menschen drastisch einschränkt, bedarf es einer Analyse: Ist es angemessen, den motorisierten Individualverkehr weitgehend aus den Städten zu verbannen? Dies würde im Übrigen nicht nur für Verbrenner gelten: Da größere E-Autos schwerer sind und einen höheren Reifenabrieb haben, reißen sie die Feinstaubgrenzwerte eher.

Bislang sind die Vorgaben aus Brüssel für die Positionierung der Messstationen nicht eindeutig. Dadurch sind die Messergebnisse von EU-Land zu EU-Land nicht vergleichbar. Da ist nun die Politik gefragt. Sie muss nach einer wissenschaftlichen Folgenabschätzung entscheiden, wie weit das EU-Gesetz in den Lebensalltag der Menschen eingreifen soll. Es ist nicht damit getan, eine Vorgabe von Wissenschaftlern eins zu eins als Gesetzgebung zu übernehmen.

Wetter



Mittags 17° | Nachts 6°

Nebel und Hochnebel, nach Süden am ehesten Sonne
Seite 16

Kontakt

Redaktion: 0711 / 72 05 - 0
Leserservice (Abo): 0711 / 72 05 - 61 61



EU-Gesetz könnte neue Fahrverbote auslösen

Neue Richtwerte für Stickstoffdioxid und Feinstaub würden an den Messstellen in fast allen deutschen Städten für zu hohe Werte sorgen. Stuttgart und Ludwigsburg lägen um ein Vielfaches höher.

VON MARKUS GRABITZ

BRÜSSEL/STUTTGART. In nahezu allen deutschen Städten drohen erneut Fahrverbote, sollte die EU-Kommission im nächsten Jahr schärfere Grenzwerte für Stickstoffdioxid und Feinstaub vorschlagen. Die Weltgesundheitsorganisation WHO hat im September neue Richtwerte beschlossen, daran könnte sich Brüssel orientieren. Diese Werte wurden zuletzt an so gut wie keiner innerstädtischen Messstation Deutschlands eingehalten. Die Schadstoffe rühren vor allem von Dieselmotoren her, werden aber auch über den Reifenabrieb von Elektroautos emittiert.

Der Wert für Stickstoffdioxid wurde in den ersten neun Monaten 2021 nach einer Analyse unserer Zeitung an 308 von bundesweit 412 Messstationen gerissen. Die WHO empfiehlt, dass der Jahresmittelwert für Stickstoffdioxid von 40 auf zehn Mikrogramm je Kubikmeter Luft sinkt.

Die Werte an Messstellen in Stuttgart und der Region liegen um ein Vielfaches darüber: An der Stuttgarter Messstation Pragstraße lag der Mittelwert in den ersten neun Mona-

„Eine Übernahme der WHO-Richtwerte würde die Mobilität von vielen Bürgern in der gesamten Europäischen Union massiv einschränken.“

Norbert Lins, Abgeordneter des EU-Parlaments (CDU)



Foto: European Union/Michel Christen

Russland schließt seine Vertretung bei der Nato

Nachdem das Bündnis russischen Diplomaten ihre Akkreditierungen entzogen hat, reagiert Moskau nun.

MOSKAU/BRÜSSEL. Im Streit über entzogene Akkreditierungen für russische Diplomaten stellt Moskau von Anfang November an die Arbeit seiner Vertretung bei der Nato in Brüssel ein. Das teilte das russische Außenministerium mit. Auch die Arbeit des Nato-Informationsbüros sowie die der Nato-Militärmission in Moskau werden beendet. „Die Nato ist weder an einem gleichberechtigten Dialog noch an einer Zusammenarbeit interessiert“, sagte Russlands Außenminister Sergej Lawrow laut Agentur Interfax.

Das Militärbündnis wurde von der Entscheidung offensichtlich überrascht. „Wir haben die Äußerungen von Minister Lawrow gegenüber Medien zur Kenntnis genommen, haben aber selbst keine offizielle Mitteilung zu den angesprochenen Themen erhalten“, sagte Nato-Sprecherin Oana Lungescu. *dpa*

Warum in Stuttgart so wenig eingekauft wird

Der Einzelhandel in der Landeshauptstadt verliert an Attraktivität. Ein Grund soll das schlechte Image Stuttgarts sein.

VON MARTIN HAAR

STUTTGART. Die Einkaufsstadt Stuttgart rangiert nur noch auf Platz zwölf – hinter Steinheim an der Murr, Bietigheim-Bissingen und Schorndorf. Das zeigen die Einzelhandelskennzahlen, die die Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart (IHK) alle zwei Jahre herausgibt.

IHK-Präsidentin Marjoke Breuning misst den Berechnungen eine klare Aussage zu: „Dass Corona seine Spuren hinterlassen hat, ist nun sichtbar.“ Sie meint damit das, was gemeinhin mit Verödung der Innenstadt beschrieben wird. Und sie warnt: „Wir sind noch nicht einmal am Zenit dieser Entwicklung.“

Die wichtigsten Gründe für den Absturz Stuttgarts als Einkaufsstadt sind für Marjoke Breuning schnell ausgemacht: der Online-Handel, das Angebot auf der grünen Wiese

bei knapp 40 Mikrogramm. An der Schlossstraße in Ludwigsburg wurden knapp 39 Mikrogramm gemessen, am Stuttgarter Neckartor knapp 35 Mikrogramm. Spitzenreiter ist bundesweit die Messstation Lands-huter Allee in München.

Die WHO-Richtwerte sind zwar nicht rechtlich bindend. Wie in allen anderen EU-Mitgliedstaaten liefert in Deutschland die EU-Luftreinhalteungsrichtlinie den gültigen Grenzwert. Die EU-Kommission will aber im Frühjahr die Luftreinhalteungsrichtlinie überarbeiten. Und das Europaparlament hat bereits beschlossen, die WHO-Richtwerte eins zu eins in EU-Recht zu übernehmen. Die Richtlinie könnte 2026 in Kraft treten.

EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius, der zur grünen Parteienfamilie gehört, hat eine „möglichst nahe Anlehnung an die WHO-Richtwerte“ in Aussicht gestellt. Der Pfullendorfer Europa-Abgeordnete Norbert Lins (CDU) warnt: „Eine Übernahme würde die Mobilität von vielen Bürgern in der gesamten EU massiv einschränken.“

Kommentar
Wirtschaft Seite 9

und das schlechte Image der Landeshauptstadt. So verzeichnet der Online-Handel im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von 30 Prozent. Einkaufszentren wie die Breuningerländer in Sindelfingen und Ludwigsburg würden Stuttgart ebenfalls zusetzen, meint die IHK-Präsidentin.

„Bleibt der vermeintlich schlechte Ruf. Stuttgart wird echt schlecht besprochen“, sagt Breuning, „wir haben ein Imageproblem.“ In einer offiziellen Stellungnahme der Industrie- und Handelskammer heißt es: „Fahrverbote und unverhältnismäßige Beschränkungen des Kunden- und Lieferverkehrs sind dabei selten hilfreich, ebenso wenig wie schlecht geplante Einschränkungen für das Parken.“ Nicht zuletzt deshalb lautet Marjoke Breunings Fazit zum Thema Verkehr: „Ich bin für attraktive Angebote statt für Verbote.“

Stuttgart und die Region Seite 15

Mehr Flüchtlinge an Grenze zu Polen

Das Bundeskabinett befasst sich am Mittwoch mit der Lage an der deutsch-polnischen Grenze.

BERLIN. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) will den starken Anstieg unerlaubter Einreisen über die polnisch-deutsche Grenze über Belarus im Kabinett zur Sprache bringen. Der Minister wolle in der Sitzung am Mittwoch Maßnahmen vorschlagen, wie man mit der Situation umgehen sollte, sagte Ministeriumssprecher Steve Alter.

Die Bundesregierung und auch die Regierungen in Lettland, Litauen und Polen beschuldigen den belarussischen Machthaber Alexander Lukaschenko, in organisierter Form Migranten und Flüchtlinge aus Krisenregionen an die EU-Außengrenze zu bringen. Lukaschenko hatte Ende Mai angekündigt, dass Minsk Menschen nicht mehr an der Weiterreise in die EU hindern werde. *dpa*
Seite 2

10 000 Unterschriften gegen die Flugroute

STUTTGART. Innerhalb von drei Wochen wurde die 10000er-Marke geknackt bei der Unterschriftensammlung gegen eine zusätzliche Abflugschneise vom Stuttgarter Flughafen aus in Richtung Süden. Mehr als 9000 Menschen haben online ihren Protest signalisiert, mehr als 2000 auf Papier. Die Gegner wollen die Unterschriften Ende Oktober an Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) übergeben. *jub*
Stuttgart und die Region Seite 16

„Bild“-Chefredakteur muss gehen

BERLIN. Der Medienkonzern Axel Springer hat mit sofortiger Wirkung „Bild“-Chefredakteur Julian Reichelt von seinen Aufgaben entbunden. Das teilte das Unternehmen am Montag in Berlin mit. Neuer Vorsitzender der „Bild“-Chefredaktion wird Johannes Boie. Der 37-Jährige ist derzeit Chefredakteur der zu Springer gehörenden Zeitung „Welt am Sonntag“.

Springer begründet das Ende der Zusammenarbeit mit Reichelt an der Spitze von Deutschlands größter Boulevardzeitung mit neuen Erkenntnissen über das Verhalten von Reichelt. Medien hatten über Vorwürfe zu Machtmissbrauch und Ausnutzung von Abhängigkeitsverhältnissen berichtet. *dpa*
Kultur Seite 14